

Wochenspiegel

Darüber diskutiert Frankreich

27. Juni - 03. Juli 2026

Nach Konsultation der politischen Parteien hat der Ministerrat vom 1. Juli die Termine für die französische Präsidentschaftswahl 2027 festgelegt. Der erste Wahlgang findet am Sonntag, dem 18. April 2027, der zweite Wahlgang am Sonntag, dem 2. Mai 2027, statt. In den Überseegebieten Guadeloupe, Martinique, Französisch-Guyana, Saint-Pierre und Miquelon, Saint-Barthélemy, Saint-Martin sowie Französisch-Polynesien wird aufgrund des Zeitunterschieds bereits am Samstag gewählt. Die Festlegung der Termine entspricht den verfassungsrechtlichen Regelungen, wonach die Wahl zwischen 20 und 35 Tagen vor Ablauf der Amtszeit stattfinden muss. Die Amtszeit von Präsident Macron endet am 13. Mai 2027. Änderungen des Termins sind nur unter außergewöhnlichen, verfassungsrechtlich vorgesehenen Umständen möglich.

Am Montag, dem 29. Juni, hat der französische Präsident Emmanuel Macron den thailändischen König Maha Vajiralongkorn (Rama X.) und Königin Suthida zu einem Staatsbesuch in Paris empfangen. Es handelte sich um den ersten offiziellen Besuch eines thailändischen Monarchen in Frankreich seit 1960. Der Besuch fand anlässlich des 170. Jahrestags der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen beiden Ländern statt. Ziel des Besuchs war es, die politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen weiter zu vertiefen. Für König Maha Vajiralongkorn war dies einer der wenigen offiziellen Auslandsbesuche seit seiner Thronbesteigung im Jahr 2016; zuvor hatte er bereits Bhutan, China und Laos besucht.

Ebenfalls am Montag, dem 29. Juni, hat Emmanuel Macron den Sultan des Oman, Haitham bin Tariq, zu dessen erstem offiziellen Staatsbesuch in Frankreich empfangen. Im Mittelpunkt der Gespräche stand die Sicherheit der Schifffahrt in der strategisch wichtigen Straße von Hormus. Die beiden Staatsoberhäupter bekräftigten ihr Engagement für die Freiheit der Schifffahrt und vereinbarten eine engere Zusammenarbeit bei Minenräumungsoperationen. Zudem verständigten sie sich auf eine Intensivierung der wirtschaftlichen Beziehungen. Beim französisch-omanischen Wirtschaftsforum betonte Macron den Wunsch, die Kooperation in den Bereichen Verkehr, Energie, Verteidigung und Raumfahrt auszubauen, und warb zugleich für verstärkte Investitionen Omans in Frankreich. Der Sultan erklärte, sein Land sei offen für neue internationale Geschäftspartner. Im Rahmen des Besuchs wurden zahlreiche Wirtschaftsabkommen unterzeichnet. So investiert der französische Energiekonzern EDF rund drei Milliarden US-Dollar in das erste Pumpspeicherkraftwerk Omans sowie in weitere Projekte in den Bereichen Solarenergie und digitale Infrastruktur. Das Unternehmen Suez erhielt einen Auftrag im Wert von zwei Milliarden Euro für den Ausbau der Wasser- und Abwasserwirtschaft. Zudem vereinbarten CMA CGM und omanische Partner den Ausbau logistischer Korridore sowie des Hafens von Sohar. Auch im Luftverkehr und in der Luftfahrttechnik wurden Kooperationsabkommen geschlossen. Darüber hinaus beschloss beide Länder, ihre Zusammenarbeit in den Bereichen Innovation, künstliche Intelligenz, Kultur und Bildung zu vertiefen. Geplant sind unter anderem gemeinsame Museumsprojekte sowie eine stärkere Förderung der französischen Sprache im omanischen Schulsystem.

Der französische Senat hat am Freitag, dem 3. Juli, das landwirtschaftliche Notfallgesetz mit großer Mehrheit verabschiedet. Ziel des Gesetzes ist es, die Arbeitsbedingungen der Landwirte zu verbessern (Lockerungen bei den Umweltauflagen) und auf die Bauernproteste zu reagieren. Landwirtschaftsministerin Annie Genevard begrüßte die Verabschiedung und sprach von wichtigen Fortschritten für die Landwirtschaft. Der vom Senat verabschiedete Text unterscheidet sich deutlich von dem der Nationalversammlung. Der Senat lockerte insbesondere zahlreiche Umweltauflagen und sprach sich unter anderem für die befristete Wiedereinführung des in Frankreich verbotenen Insektizids Acetamiprid aus. Dieser Punkt ist besonders umstritten, da das Mittel in anderen EU-Ländern weiterhin zugelassen ist. Vor einer endgültigen Verabschiedung muss am 16. Juli eine gemeinsame Kommission von Abgeordneten und Senatoren einen Kompromiss finden. Die Verhandlungen dürften schwierig werden, da Regierung, linke Parteien, rechte Opposition, Umweltverbände und Bauernverbände sehr unterschiedliche Positionen vertreten. Auch Themen wie Wasserknappheit, Bewässerung und der Umgang mit Wölfen sorgen für Konflikte. Während Umweltorganisationen vor einem Abbau des Umweltschutzes warnen, begrüßt der Nationale Verband der landwirtschaftlichen Betriebsverbände (FNSEA) das Gesetz als wichtigen Schritt zur Unterstützung der französischen Landwirtschaft.

Um den zunehmenden Kokainhandel wirksamer zu bekämpfen, hat die französische Regierung am 2. Juli den „Plan Douanes 2030“ vorgestellt. Hintergrund ist der starke Anstieg des Drogenhandels: Nachdem der Zoll im Jahr 2025 fast 109 Tonnen Drogen, darunter 31 Tonnen Kokain, beschlagnahmt hatte, stiegen die Sicherstellungen im ersten Halbjahr 2026 erneut um 30 Prozent. Der Minister für öffentliche Maßnahmen und Finanzen, David Amiel, erklärte, dass die kriminellen Netzwerke immer besser organisiert seien und moderne Technologien nutzten. Deshalb müsse auch der französische Zoll technisch und personell deutlich verstärkt werden. Bis 2030 sollen mehr als 400 Millionen Euro investiert und 545 neue Stellen geschaffen werden. Die Hälfte der neuen Mitarbeiter wird direkt für Kontrollen eingesetzt, weitere Kräfte sollen Ermittlungen und Risikoanalysen übernehmen. Darüber hinaus werden 25 zusätzliche Scanner angeschafft, darunter leistungsstarke Anlagen für Häfen, mobile Scanner sowie moderne 3D-Scanner für Postzentren. Die Regierung setzt außerdem auf künstliche Intelligenz, um Röntgenbilder automatisch auszuwerten und Drogen in Containern, Lastwagen oder Paketen schneller zu erkennen. Neue Analysewerkzeuge sollen zudem Transport- und Logistikdaten besser auswerten. Mit diesen Maßnahmen will Frankreich den internationalen Drogenhandel wirksamer bekämpfen und die Sicherheit an Häfen, Flughäfen und Grenzen erhöhen.

Der deutsch-französische Rüstungskonzern KNDS hat am 1. Juli bekannt gegeben, den erst eine Woche zuvor angekündigten Börsengang zu verschieben. Als Grund nannte das Unternehmen die derzeit hohe Unsicherheit an den europäischen Finanzmärkten. Die Aktionäre – der französische Staat und die Familie Bode-Wegmann aus Deutschland – wollen das Vorhaben erst wieder aufnehmen, wenn sich die Marktbedingungen verbessert haben. Auslöser für die Entscheidung war der starke Kursverlust des deutschen Rüstungskonzerns Rheinmetall, nachdem die deutsche Regierung einen Marineauftrag storniert hatte. Dadurch sank auch die Bewertung von KNDS bei den Investoren deutlich. Während die Familie Bode-Wegmann einen Unternehmenswert von rund 14 Milliarden Euro erwartete, lag die Einschätzung der Investoren nur bei etwa 10 Milliarden Euro. Die Verschiebung hat keine direkten finanziellen Folgen für KNDS, da der Erlös des Börsengangs an die bisherigen Eigentümer und nicht an das Unternehmen geflossen wäre. Langfristig könnte ein Börsengang jedoch zukünftige Übernahmen erleichtern. Derzeit konzentriert sich KNDS vor allem auf den Ausbau seiner Produktionskapazitäten, um die steigende Nachfrage nach Rüstungsgütern zu decken.

PARLAMENT, PARTEIEN & PERSONEN



Christine Lagarde schließt einen vorzeitigen Rücktritt als Präsidentin der Europäischen Zentralbank (EZB) nicht aus, obwohl ihr Mandat eigentlich bis Oktober 2027 läuft. In einem Interview mit der Tageszeitung *Les Échos* erklärte sie, dass sie aufgrund der aktuell angespannten internationalen Lage und der wirtschaftlichen Unsicherheiten vorerst an der Spitze der EZB bleiben wolle. Sollte sich die Situation jedoch beruhigen, könne sie sich vorstellen, im französischen Präsidentschaftswahlkampf eine „europäische Stimme“ einzubringen. Lagarde betonte, dass Frankreich fest in Europa verankert bleiben müsse, und warnte vor nationalistischen Tendenzen. Sie forderte die Präsidentschaftskandidatinnen und Kandidaten auf, den Bürgerinnen und Bürgern die wirtschaftlichen Herausforderungen ehrlich darzustellen und mutige Reformen vorzuschlagen. Eine eigene Kandidatur oder die Unterstützung eines bestimmten Kandidaten schloss sie derzeit jedoch aus.

DIE ZAHL DER WOCHE

3,9 Milliarden Euro

3
0
8
2
4
6
1
5
2
7
9
8
4
2
0
1
6
2
5
7

Die französische Krankenversicherung (CNAM) hat ein Maßnahmenpaket vorgestellt, mit dem bis 2027 rund **3,9 Milliarden Euro** eingespart werden sollen. Hintergrund ist das hohe Defizit der CNAM, das 2025 bei 15,9 Milliarden Euro lag. Im Zentrum der Vorschläge steht die Prävention, um Krankheiten zu vermeiden und die langfristigen Gesundheitskosten zu senken. Ein wichtiger Schwerpunkt ist der Kampf gegen das Rauchen. Nach britischem Vorbild schlägt die CNAM ein Verkaufsverbot für Tabak an alle Personen vor, die nach dem 1. Januar 2009 geboren wurden. Zudem sollen grenzüberschreitende Tabakverkäufe stärker kontrolliert werden. Im Bereich Ernährung fordert die CNAM einen verpflichtenden Nutri-Score auf allen verpackten Lebensmitteln sowie einen Hinweis auf stark verarbeitete Produkte, um chronische Krankheiten und Übergewicht zu verringern. Weitere Vorschläge betreffen eine stärkere Unfallprävention – etwa durch eine Helmpflicht für Radfahrer ab zwölf Jahren und der Ausbau digitaler Verfahren um die Gesundheitskarte konsequenter einzusetzen um Missbrauch und gefälschte Krankschreibungen zu verhindern.